

Ein weiteres Antwortschreiben vom EU Parlament.
Offener Brief auf der Webseite www.euroclub24.com , Arena
(Tagszeitung der deutschen in der Bucht von Rosas)

Datum 08.06.2010

Vielen Dank
Herr Abgeordneter
Thomas Mann

Uns würde es stärken wenn wir weiterhin auf Ihre Unterstützung zählen können.

Die Wirtschaftslage in Spanien könnte nachhaltig mit schneller Klärung des Ley de Costas und damit der Abgrenzung „Deslinde“ gestärkt werden.

Viele der Betroffenen renovieren ihre Anwesen nicht mehr. Der Verkauf ist fast vollständig zum Erliegen gekommen. Spanien befindet sich am Abgrund und dieser wird durch ein falsch angewandtes Ley de Costas immer steiler. Wir Ihre Wähler und Bürger der EU fragen uns, warum kann in einem solch wichtigen Thema das EU Parlament über alle Hürden hinweg nicht einschreiten. Warum muss es erst wie in Griechenland zum Supergau kommen. Es sind an der Festlandküste Spaniens mehr als eine halbe Million Betroffene, hinzu kommen Familie und Freunde und die Inseln, damit sprechen wir über 3-5 Millionen EU Bürger. Wenn das immer noch nicht reicht, dass die EU einschreitet gibt es doch zu denken, warum befasst sich der europäische Gerichtshof mit einem zu recht verurteilten Strafgefangenen und lässt seine Millionen Bürger im Regen stehen.

Im unserem Fall sind Sie der einzige Abgeordnete der keinen vorgefertigten Text benutzt und sich offenbar mit der Ungerechtigkeit der willkürlichen Enteignung Spaniens nachhaltig befasst.

Ich möchte Ihre Zeit mit meinem Schreiben nicht überstrapazieren, deshalb möchte ich auf unsere Webseite www.euroclub24.com hinweisen. In dieser Webseite finden Sie alles über unseren Fall der Enteignung in Sta. Margarita und Ampuriabrava. Zusammen sprechen wir in diesen beiden Urbanisationen (erbaut vor über 40 Jahren, also lange vor dem Ley de Costas 1988) von über 5000 Betroffenen + Fam. und Freunden. Für unsere Region ein Desaster.

Und doch möchte ich noch auf folgendes aufmerksam machen.

Es ist beschämend, dass die englischen Abgeordneten (wie Frau Adreasen, Herr Cashmann u.a.m. im EU Parlament für die Deutschen sprechen. Hier möchten ich und unsere Mitglieder sich besser vertreten sehen.

Lobend ist zu erwähnen, dass Sie für den Auken Report gestimmt haben. Nur leider wurde dieser nicht umgesetzt und Spanien verwendet diese

freigesetzten Gelder gegen uns. Es ist schon schizophren wenn mit unseren Steuergeldern unsere Enteignung finanziert wird (abgesehen davon deckt die Tagespresse fasst wöchentlich neue Korruptionsfälle in Spanien auf).

Seid Dez. 2009 wurde der Lissabonvertrag (EU- Carta §17) ratifiziert, den auch Spanien mit einem Querverweis anerkannt hat, leider ist dieser mit der spanischen Constitution §33 nicht kompatibel und es geht wie zuvor weiter.

Seid ein paar Wochen ist Wahlkampf in Spanien, und jetzt fangen die einzelnen Parteien an, sich an uns Wähler zu erinnern und machen eine Versprechung nach der anderen. Nicht, dass ich das schlecht finde, nur befürchten wir nach den Wahlen geht es wie gewohnt mit der Enteignung weiter.

Was wir benötigen ist Rechtsicherheit, wie wir es geglaubt haben, mit dem Grundbucheintrag zu bekommen. Ein Staat der seine eigenen Gesetze missachtet und die EU Gesetze mit Füßen tritt, gehört zumindest von der EU in seine Schranken verwiesen.

APUCSM
Heribert Hofmann

Sehr geehrter Herr Hofmann,

in Ihrer Angelegenheit haben wir einige Recherchen angestellt. Die aktuelle Lage in Spanien ist absolut unbefriedigend. Von vielen Seiten habe ich ähnliche Anfragen erhalten.

Die von Ihnen erläuterte Situation ist am 26. März 2009 im Rahmen des Berichtes meiner Kollegin Auken im Plenum des Europäischen Parlaments debattiert und abgestimmt worden. Der Bericht wurde mit 349 zu 110 Stimmen angenommen - ich stimmte ihm ebenfalls zu.

Den Bericht von Frau Auken finden Sie im Anhang.

Übrigens hat die EU-Kommission Untersuchungen eingeleitet. Ebenso sind Verfahren vor spanischen Gerichten und dem EuGH im Hinblick auf die Umsetzung der Richtlinie über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge anhängig.

Mit besten Grüßen

Thomas Mann

Thomas Mann MdEP

Vizepräsident im Ausschuss für
Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung
Präsident der Tibet Intergroup des EP



Rue Wiertz, ASP 15 E 111
B - 1047 Brüssel

Tel.: 00 32 - 2 - 2 84 73 18

Fax: 00 32 - 2 - 2 84 93 18

E-mail: thomas.mann@europarl.europa.eu

Homepage: www.mann-europa.de